

270. Sitzung des Grossen Gemeinderates

05. September 2022, 18:15 Uhr, Gemeindesaal Lötschberg, Spiez

Vorsitz	Oskar Diesbergen, Präsident GGR
Anwesende Mitglieder	Die Mitte Martin Peter Marianne Schlapbach EDU Benjamin Carisch Martina Käser EVP Andreas Blaser Oskar Diesbergen Susanne Frey Jürg Leuenberger FDP Andrea Frost-Hirschi Stefan Kurth Rino Werren FS/ GLP Matthias Maibach (ab 18.25 Uhr) Eliane Nef Simon Schneeberger Rafael Zimmermann Grüne Manuela Bhend Perreten Spiez Andreas Jaun Bernhard Kopp Benjamin Ritter Laura Zimmermann SP Kurt Bodmer Barbara Feuz Branka Fluri Sandra Jungen André Sopranetti Franziska Wiedmer SVP Michael Dubach Urs Eggerschwiler Thomas Fischer Peter Gertsch Andreas Grünig Peter Luginbühl Ulrich Zimmermann
Anwesend zu Beginn	32 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig
Vertreter Jugendrat	entschuldigt
Sekretärin	Tanja Brunner

Protokollführer	Adrian Zürcher, Cornelia Lehnherr	
Presse	Jürg Spielmann Jan Aebi	Berner Oberländer/Thuner Tagblatt Radio BeO
ZuhörerInnen	3 Personen	
Vertreter Gemeinderat	Jolanda Brunner Anna Fink Marianne Hayoz Wagner Pia Hutzli Rudolf Thomann Anna Zeilstra Ursula Zybach (ab 18.25 Uhr)	SVP EVP SP FS/GLP SVP GS SP
Abteilungsleitende	Carl Dinkelaker, Abteilungsleiter Tiefbau, Werkhof Matthias Schüpbach, Abteilungsleiter Finanzen	
Entschuldigt	Fabienne Trummer (Mutterschaft), Bernhard Stöckli (Ferien) und Pascal Grünig (Militär)	

ERÖFFNUNG

Der Vorsitzende begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Vertreter der Medien, die Abteilungsleitenden, die Sekretärin, die Protokollführenden, sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer zur 270. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

Traktandenliste

- 110 Protokoll der Sitzung vom 20. Juni 2022
- 111 Sitzungskalender 2023 / Kenntnisnahme
- 112 Sanierung Schmutzabwasser- und Neubau Sauberabwasserleitung Bubenbergrasse 20-26 / Verpflichtungskredit von CHF 650'000
- 113 Initiative Senkung Liegenschaftssteuer / Verabschiedung zu Handen Volksabstimmung
- 114 Informationen aus dem Gemeinderat
- 115 Trinkbares Wasser in öffentlichen Spiezer Brunnen / Einfache Anfrage M. Bhend (GS)
- 116 Ruhender und suchender Verkehr im Raum Metzgerfachschule - Hotel Belvédère - Strandbad und Bucht Spiez / Einfache Anfrage A. Grünig (SVP)
- 117 IV-Parkplätze in Spiez / Einfache Anfrage S. Jungen (SP)
- 118 Strategie familienergänzende Betreuungsangebote und Bildungsstandorte in Spiez / Motion FS/GLP-Fraktion (E. Nef)
- 119 Gründung eigenständige Gesellschaft Fernwärmeverbund / Motion SVP-Fraktion (U. Zimmermann)
- 120 Tiny House / Abschreibung Motion U. Zimmermann (SVP)
- 121 Verständliche Sprache für alle auf der Gemeindewebseite / Motion B. Feuz (SP)

V e r h a n d l u n g e n

110 13 Protokoll

Protokoll der Sitzung vom 20. Juni 2022

Das Protokoll wird genehmigt.

111 011.05 Sitzungen Legislative

Sitzungskalender 2023 / Kenntnisnahme

Vom Sitzungskalender 2023 wird zustimmend Kenntnis genommen.

112 182.07 Projekte / Abwasserleitungen

Sanierung Schmutzabwasser- und Neubau Sauberabwasserleitung Bubenbergstrasse 20-26 / Verpflichtungskredit von CHF 650'000

Ausführungen des Gemeinderates

Ruedi Thomann: Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Sanierung einer Schmutzabwasser- und Neubau Sauberwasserleitung an der Bubenbergstrasse mit einem Verpflichtungskredit von CHF 650'000. An der Bubenbergstrasse, Einmündung Rütliweg bis zur Liegenschaft Bubenbergstrasse 26 muss die Wasserversorgungsgenossenschaft Aeschi – Spiez eine neue Trinkwasserleitung erstellen. Die Gemeinde möchte in diesem Zusammenhang die Gelegenheit nutzen, gleichzeitig das zwingend notwendige Trennsystem in diesem Abschnitt zu realisieren. Bis jetzt fehlt in diesem Bereich die Sauberwasserableitung. Ebenfalls Optimierungsbedarf in diesem Abschnitt bekunden die BKW Energie AG und die Regas. Es handelt sich hier um ein relativ einfaches aber nicht ganz kostengünstiges Geschäft. Die Strasse muss über eine Länge von ca. 160 m aufgebrochen werden. Dies wird jeweils in relativ kurzen Abschnitten vorgenommen. So kann gewährleistet werden, dass die Blaulichtorganisationen von beiden Seiten jederzeit zu den entsprechenden Liegenschaften hinfahren können. Die Anwohnerinnen und Anwohner wurden schon vor längerer Zeit über das Projekt orientiert. Die Anwohnerinnen und Anwohner, welche oberhalb der Bubenbergstrasse wohnen, haben die Möglichkeit, ihre Hausanschlussleitungen auf eigene Kosten zu sanieren. Die Arbeiten sollen bereits im kommenden Herbst in Angriff genommen werden. Vorbehalten bleibt die heutige Zustimmung durch den GGR. Bei einem Ja würde der Ortsbus während sechs Monaten über die Belvédèrestrasse umgeleitet. Die Anwohnerinnen und Anwohner aus diesem Quartier müssen mit einer provisorischen Bushaltestelle bei der katholischen Kirche vorliebnehmen. Die Platzverhältnisse sind in diesem Bereich sehr eng. Das ganze Vorhaben soll zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasser realisiert werden. Der Gemeinderat beantragt, dem Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 650'000 zuzustimmen. Ergänzend zu diesem Geschäft orientiert er über die Spezialfinanzierung Abwasser. An der letzten GGR-Sitzung wurde die Jahresrechnung 2021 genehmigt. Es gab eine kritische Stimme dazu von Kurt Bodmer. Er hat dabei ausgeführt, dass die Abteilung Tiefbau/Werkhof die Spezialfinanzierung Abwasser besonders im Auge behalten muss. Dabei sollen künftig keine Aufwandüberschüsse mehr ausgewiesen werden. Diese Aussage kann so nicht stehen gelassen werden. Dazu kann ausgeführt werden, dass im «Topf» dieser Spezialfinanzierung hohe Reserven vorhanden sind. Aktuell immer noch CHF 3.5 Mio. Der Preisüberwacher hat die Gemeinde schon vor einiger Zeit aufmerksam gemacht, dass diese Reserve reduziert werden muss. Zwischenzeitlich wurde reagiert und es wurden bereits mehrere Gebührenreduktionen vorgenommen. Fazit dazu: Es ist mit weiteren Aufwandüberschüssen in den nächsten Jahren zu rechnen, so dass diese Reserven abgebaut werden können.

Stellungnahme der GPK

Thomas Fischer: Das Geschäft wurde am 27. Juni 2022 ordnungsgemäss vom Gemeinderat zuhanden des GGR verabschiedet. Am 24. August 2022 wurde das Geschäft durch Bernhard Kopp und ihm bei der Abteilung Tiefbau/Werkhof geprüft. Carl Dinkelaker, Abteilungsleiter Tiefbau/Werkhof und Heike Krönert, Projektleiterin Abteilung Tiefbau/Werkhof haben ihnen den Antrag in den wesentlichen Punkten erläutert und dokumentiert. Offene Fragen wurden beantwortet. Das Resultat der Prüfung wurde am 24. August 2022 der GPK vorgelegt. Die GPK empfiehlt, auf das Geschäft einzutreten.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40.1 a) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Dem Projekt Sanierung Schmutzabwasser- und Neubau Sauberabwasserleitung Bubenbergstrasse 20-26, wird zugestimmt.
2. Hierfür wird ein Verpflichtungskredit von CHF 650'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung (Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung) bewilligt.
3. Die Abrechnung über diesen Kredit ist nach Beendigung der Arbeiten dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorzulegen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

113 1.261 Initiativen

Initiative Senkung Liegenschaftssteuer / Verabschiedung zu Handen Volksabstimmung

Ausführungen des Gemeinderates

Ursula Zybach: Das Initiativkomitee des bürgerlichen Forums bestehend aus Vertretern der SVP, FDP und EDU hat am 25. April 2022 die Initiative zur Senkung der Liegenschaftssteuer von 1.1 auf 0.9 Promille eingereicht. Dadurch soll der Anstieg durch die Neubewertung der Liegenschaften durch den Kanton Bern teilweise kompensiert werden. Die Initiative ist mit 916 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Der Gemeinderat empfiehlt heute, die Initiative abzulehnen. Wenn die Initiative heute angenommen wird, tritt die Änderung bereits auf den 1. Januar 2023 in Kraft. Falls die Initiative heute abgelehnt wird, dann wird das Anliegen den Stimmberechtigten vorgelegt. Dazu wurde auch die entsprechende Urnenbotschaft abgegeben. Die Initiative nimmt auf zwei Themen bezug. Einerseits die amtliche Neubewertung der Liegenschaften. Per Ende 2020 wurden die amt-

lichen Werte der Liegenschaften in der Gemeinde Spiez gegenüber dem Vorjahr um rund CHF 613 Mio. respektive um 25% angepasst. Dies war eine längst überfällige Anpassung an den effektiven Wert der Liegenschaften. Diese wurden sehr lange nicht mehr angepasst. Bei der Gemeinde Spiez beträgt die Anlage 1.1 Promille des amtlichen Wertes. Mit der Neubewertung der Liegenschaften heisst dies auch, dass die Liegenschaftssteuern gestiegen sind. Erstmals Mehrerträge wurden in der Jahresrechnung 2020 ausgewiesen. Die Mehrerträge können auf rund CHF 675'000 beziffert werden (CHF 613 Mio x 1.1 Promille). Miteingerechnet ist hier auch ein Wachstum aus der Bautätigkeit. Zu diesem Zeitpunkt haben rund 5% der Neubewertungen gefehlt und bei rund 10% waren Einsprachen hängig. Das heisst, dass aufgrund der unerledigten Fälle davon ausgegangen werden kann, dass die tatsächlichen Mehrerträge aus den Liegenschaftssteuern gegenüber 2020 noch etwas höher ausfallen könnten. Die Auswirkungen der Neubewertung auf die einzelnen Liegenschaftseigentümer sind unterschiedlich ausgefallen. Bei dieser Diskussion ist es wichtig, dass im Gegensatz zu den Liegenschaften die übrigen Vermögenswerte (Aktien, Privatkonto etc.) in den vergangenen Jahren immer zu 100% versteuert werden mussten. Bei der Neubewertung der Liegenschaften wollte man etwas mehr Steuergerechtigkeit erreichen. Das Wort «Steuergerechtigkeit» ist jedoch etwas schwierig, da die Gerechtigkeit im Vergleich mit Aktien, Privatkonto und Haus nicht einfach ist. Die Forderung der Initianten ist, dass man mit der tieferen Liegenschaftsteuer den Anstieg aus der Neubewertung teilweise kompensieren soll, steht dem eigentlich ursprünglichen Gedanken des Kantons Bern quer in der Landschaft. Zum eigentlichen Inhalt der Initiative kann ausgeführt werden, dass von den 83 Gemeinden im Berner Oberland 9 Gemeinden einen tieferen Satz als Spiez haben. Zwei Gemeinden weisen den gleichen Satz aus und 71 Gemeinden haben einen höheren Steuersatz als Spiez. Mit 1.1 Promille gehört Spiez zu den Gemeinden mit einem der tiefsten Steuersätze im Berner Oberland. Was macht eine Liegenschaft attraktiv? Bisher hat sie immer gehört, es sei die Lage, die Lage und nochmals die Lage. Sie hat selten gehört, dass es die Liegenschaftsteuer ist. Es ist davon auszugehen, dass Vermieterinnen und Vermieter nicht viel von dieser Senkung haben, da es sich nur um kleine Beträge handelt. Anhand einer Folie wird aufgezeigt, was die Senkung für die einzelnen Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer für Auswirkungen hätte. Dabei zeigt sich, dass 2/3 der Liegenschaften weniger als CHF 109 bezahlen müssten. Man muss jedoch unterscheiden, dass es in Spiez relativ viele Zweitwohnungen gibt und es würden nicht nur die Spiezer Bevölkerung davon profitieren. Für die Gemeinde Spiez würde es bedeuten, dass rund CHF 600'000 weniger Einnahmen anfallen würden. Eine Gemeinde macht attraktiv, wenn sie zum Beispiel eine intakte Infrastruktur aufweist (z.B. Schulen). Der Gemeinde Spiez fehlt eine genügende Selbstfinanzierung. Es fehlen finanzielle Mittel. Im Finanzplan bis 2026 besteht ein Finanzbedarf von CHF 25 Mio. Es gibt mehr Schülerinnen und Schüler und dies wird Folgekosten nach sich ziehen. Man benötigt mehr Strassen und öffentliche Plätze und auch hier sind bis 2026 Beträge von CHF 23 Mio. vorgesehen. Wenn man noch die Zentrumsplanung und die Uferschutzplanung betrachtet, fallen hier ebenfalls noch CHF 8 Mio. Planungskosten an bis 2026. Selbstverständlich gibt es noch andere Themen wie Arbeitsplätze, kulturelle Anlässe, Freiwilligenarbeit etc. Alle profitieren von einer intakten und gut gepflegten Infrastruktur. Der Gemeinderat beantragt, die Initiative abzulehnen und somit dem Stimmvolk zu unterbreiten. Auch dem Stimmvolk wird empfohlen, die Initiative abzulehnen. Die Gemeinde soll auf ihrem eingeschlagenen Weg gelassen werden und es soll nicht einfach Geld gestrichen werden. Die Selbstfinanzierung ist bereits schwierig und soll nicht noch schwieriger werden. Helft mit, damit sich die Gemeinde weiterentwickeln kann und man weiterhin stolz auf die Gemeinde sein kann mit einer guten Infrastruktur.

Stellungnahme der GPK

Rino Werren: Das Geschäft wurde durch Benjamin Carisch und ihm am 22. August 2022 bei Matthias Schüpbach geprüft. Es konnten sämtliche wichtige Dokumente zur Kontrolle vorgelegt werden. Ausserdem konnte Einblick in den Geschäftsprozess gegeben werden. Alle Fragen konnten belegbar beantwortet werden. Das Ergebnis wurde im Rahmen der GPK-Sitzung vom 24. August 2022 unterbreitet. Die GPK empfiehlt auf das Geschäft einzutreten.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Der Vorsitzende orientiert, dass das Geschäft in zwei Teile aufgeteilt wird. In einem ersten Teil wird die Initiative behandelt mit dem Antrag des Gemeinderates, dass die Initiative abgelehnt werden soll. Die Urnenbotschaft wird, sofern man sie noch benötigt, in einem zweiten Schritt diskutiert.

Diskussion der Initiative und des Antrags des Gemeinderats die Initiative abzulehnen

Fraktionssprecher

Urs Eggerschwiler (SVP): An der GGR-Sitzung vom April 2021 wurde zum letzten Mal über die Liegenschaftssteuer diskutiert. Im Protokoll kann nachgelesen werden, dass sich viele Sprecher dannzumal die unsichere Entwicklung bezüglich Steuereinnahmen aufgrund der Pandemie gegen die Anpassung der Liegenschaftssteuer ausgesprochen haben. Heute eineinhalb Jahre später weiss man, dass die befürchteten Szenarien nicht eingetreten sind und die Rechnung 2020 einen Überschuss von CHF 2.9 Mio. ausgewiesen hat und auch 2021 ein Überschuss von CHF 1.69 Mio. entstanden ist. Dadurch ist der Bilanzüberschuss auf eine solide Höhe von CHF 11.91 Mio. gewachsen. Auch die Steuerprognose für die Zukunft zeigt eine steigende Tendenz. Die Liegenschaftssteuer hat aufgrund der Neubewertung im Vergleich zwischen 2019 und 2021 CHF 685'000 pro Jahr mehr eingebracht. Gemäss Prognose wird auch diese Zahl noch mehr ansteigen. Dies ist mehr als die vom Gemeinderat errechneten CHF 613'000. Dies mag für sich allein betrachtet ein überschaubarer Betrag sein. Besonders wenn man die tieferen amtlichen Werte betrachtet. Die Liegenschaftssteuer ist aber nicht die einzige Steuer, welche von dieser Neubewertung betroffen ist. Dazu kommt die Vermögenssteuer, welche durch die Neubewertung ebenfalls massiv steigt. Zwischen 2019 und 2021 gibt dies einen Mehrertrag von CHF 818'000 pro Jahr. Im Bericht wird von den Liegenschaftsbesitzenden geschrieben, welche wegen einer tieferen Bewertung jahrelang zu wenig bezahlt haben. Dies ist eine sehr subjektive Bewertung. Das Sammelsurium an Steuern ist umfassend. Neben den Liegenschaftssteuern gibt es die erwähnte Vermögenssteuer und noch weitere Abgaben, wie den Eigenmietwert, Gewinnsteuern, Handänderungssteuern usw. Die Liegenschaftssteuer ist die einzige Steuer, welche die Gemeinden selber steuern kann. Deshalb setzt die Initiative hier an. Im Verlaufe der Unterschriftensammlung konnte man von Liegenschaftsbesitzenden und Rentnern erfahren, dass eine selbstbewohnte Liegenschaft eine zunehmende Belastung darstellt. Für diese sind einige hundert Franken mehr oder weniger relevant und man kann wieder einmal auswärts Essen gehen. Mit 916 Unterschriften ist dies die höchste Unterschriftenzahl, welche eine Initiative in Spiez je erreicht hat. Dies unterstreicht auch die Unterstützung dieses Anliegens durch die Bevölkerung und dies trotz Pandemie. Mehrfamilienhausbesitzer werden die tieferen Liegenschaftssteuern auf die Mieterinnen und Mieter abwälzen. Somit werden die Mieterinnen und Mieter weniger bezahlen. Leider gibt es nun nach der Pandemie mit dem Ukraine-Konflikt eine weitere Krise, bei welcher man die Auswirkungen auf den Steuerhaushalt nicht kennt. Was man aber sicher weiss, ist dass die Mieterinnen und Mieter sowie die Einfamilienhausbesitzer aufgrund der steigenden Energiepreise massiv höhere Kosten zu tragen haben. Deshalb soll die Initiative genutzt werden, wenigstens hier die Mehrkosten im Rahmen zu halten oder wie es Oskar Diesbergen bei der letzten Debatte so schön treffend ausgeführt hat, es sei eine interessante Möglichkeit die Steuereinnahmen zu vergrössern und zugleich den Steuersatz zu senken. Dies ist immer noch so, es gibt immer noch Mehreinnahmen als vor der Neubewertung. Die SVP-Fraktion wird der Initiative zustimmen für die Mieterinnen und Mieter sowie die Liegenschaftsbesitzenden hier in Spiez.

Bernhard Kopp (GS): Die GS-Fraktion lehnt diese Initiative zur Senkung der Liegenschaftssteuer ab. Begründet wird die Anpassung mit der Erhöhung der amtlichen Werte, welche von 49 auf 70% gestiegen sind. Diese Neubewertung kam vom Kanton. Wenn man eine Liegenschaft mit einem Wert von CHF einer Million betrachtet, sieht man, dass eine Reduktion von 0.2 Promille rund CHF 200 pro Jahr ausmacht. Das heisst nicht einmal CHF 20 pro Monat. Die früheren Werte der Lie-

genschaften von 49% des Verkehrswertes waren wirklich tief. Nun beträgt diese 70%. Dies ist immer noch massvoll. Bei der Annahme der Initiative fehlen der Gemeinde CHF 600'000 und dies jedes Jahr. Man muss auch den Investitionsbedarf bis 2026 betrachten, welcher rund CHF 40 Mio. beträgt. Mit 1.1 Promille ist die Liegenschaftssteuer im Vergleich mit anderen Gemeinden im Berner Oberland durchaus massvoll. Thun hat 1.2, Interlaken 1.5, Aeschi 1.3 und Wimmis 1.5 Promille. Die einzigen Gemeinden, welche deutlich tiefer sind, ist die Gemeinde Saanen und Umgebung, bei welchen die amtlichen Werte deutlich höher sind als in der Gemeinde Spiez. Zu den Argumenten der Initianten, welche eine moderate Liegenschaftssteuer wollen, kann ausgeführt werden, dass dies bereits erfüllt ist. «Ja zu erschwinglichem Eigentum für alle Spiezer Bürger». Es wird nicht daran scheitern, dass jemand mit einer Liegenschaft mit einem amtlichen Wert von CHF einer Million wegen CHF 200 mehr oder weniger nach Spiez zieht oder nicht. «Ja zu vernünftigen Mietzinsen». Es ist fraglich, ob es Vermieter gibt, welche wegen CHF 200 Mietzinssenkungen befürworten. Dies ist Augenwischerei.

Branka Fluri (SP): Die SP-Fraktion spricht sich gegen die Senkung der Liegenschaftssteuer aus, dies aus verschiedenen Gründen. Die Neubewertung der amtlichen Werte der Liegenschaften schafft aus Sicht der SP mehr Gerechtigkeit zwischen den Besitzerinnen und Besitzern von Liegenschaften und Mieterinnen und Mietern. Entgegen der Behauptung des bürgerlichen Initiativkomitees bezahlen gemäss den Berechnungen des Gemeinderats nur rund 1/3 der Liegenschaftsbesitzenden mehr als CHF 109 pro Jahr zusätzlich. Dies ist nach Ansicht der SP-Fraktion zu wenig, als dass man von einer zusätzlichen Belastung von Liegenschaftsbesitzenden sprechen kann (wie dies im Initiativtext steht). Liegenschaftsbesitzende sind gegenüber den Mieterinnen und Mietern privilegiert und können die Liegenschaftssteuer, welche aufgrund der Neubewertung der amtlichen Werte gestiegen ist, problemlos tragen. Man ist dagegen, dass man Privilegierte noch mehr privilegiert. Ausserdem wird bezweifelt, dass die Senkung an die Mieterinnen und Mieter eins zu eins weitergegeben wird. Die Liegenschaftssteuer für die Gemeinde Spiez ist mit den 1.1 Promille des amtlichen Wertes für das Berner Oberland tief. Spiez ist die zwölfgünstigste von 83 Gemeinden. Mit anderen Worten, die Gemeinde trägt dazu bei, dass die Liegenschaften in unserer Gemeinde bezahlbar bleiben. Die hohen Preise, welche oft verlangt werden, sind dem freien Markt geschuldet. Es ist nicht nachhaltig gehandelt, wenn mit der Begründung des hohen Eigenkapitals gut CHF 600'000 für den allgemeinen Haushalt pro Jahr vorenthalten will und man gleichzeitig einen Selbstfinanzierungsgrad von 80% bei den Ausgaben fordert und dies bei den anstehenden Finanzierungen von Schulhausbauten und der Zentrumsplanung, welche in Zukunft anstehen. Aus diesen Gründen beantragt die SP-Fraktion der Initiative nicht zuzustimmen und dem Volk zu unterbreiten. Damit soll das Volk beweisen, dass die Ablehnung zur Senkung der Liegenschaftssteuer nicht dem links-grün dominierten Parlament entspricht, wie dies die Initianten ausgeführt haben, sondern dem Volkswillen.

Andrea Frost (FDP): Es stellt sich die Frage, ob man eine Volksabstimmung will oder nicht. Aus Demokratiesicht ist eine Volksabstimmung immer vorzuziehen. Es wurden 916 Unterschriften gesammelt. Aus finanzieller Sicht sollte man Nein sagen. Eine Abstimmung kostet einiges an Geld. Um was geht es eigentlich? Was wird eigentlich besteuert? Es handelt sich um einen schlafenden Vermögenswert. Liegenschaften seien im Verhältnis zu anderen Vermögenswerten zu tief bewertet wurde zitiert. Wer selber Wertschriften oder Sparhefte besitzt, kennt den Unterschied zu Liegenschaften. Das eine kann man rasch verkaufen und das andere benötigt etwas mehr Zeit. Die meisten wohnen in dem Haus, welches sie besitzen. Es handelt sich um das Heim. Das zweite Zitat lautet: Hauseigentümer hätten in der Vergangenheit von zu tiefen amtlichen Werten profitiert. Man fragt sich, wovon diese profitiert haben. Profitieren kann man nur dann, wenn die Liegenschaft verkauft wird, sonst nicht. Von einer Wertzunahme kann man sonst nicht profitieren. Alle Rentnerinnen und Rentner mit einer Liegenschaft profitieren nicht davon. Im Gegenteil, sie bezahlen mehr Abgaben. Durch die Neuanpassung der amtlichen Werte zieht dies einen ganzen Rattenschwanz an Mehrkosten nach sich. Es führt zu einer Erhöhung der Liegenschaftssteuer, der Vermögenssteuer und einer mittelbaren Erhöhung des Eigenmietwertes. Man muss dazu sagen, dass die 70% schon lange nicht mehr stimmen. Eine Klage vor Bundesgericht hat ergeben, dass es 77% des Verkehrswertes sein müssen. Deshalb werden die amtlichen Werte in nächster Zeit nochmals angehoben werden. Das heisst, dass die ältere Frau oder eine Familie ausser einer finanziellen

Mehrbelastung nichts davon haben. Eigentümer mit beschränkten finanziellen Mitteln werden besonders belastet. Diese können sich tendenziell Wohneigentum nicht mehr leisten. Die Liegenschaften werden zu einem wahnsinnig hohen Preis verkauft und dies ist nicht immer der Markt, sondern Menschen (meistens Erben), welche nicht genug bekommen können. Man muss sich deshalb überlegen, wen man hier im GGR vertritt. Für den Mittelstand ist es nicht unerheblich, ob sie CHF 200 mehr bezahlen müssen. Bei der Anlage der Liegenschaftssteuer ist die Gemeinde noch autonom. Man sollte diese Autonomie nutzen zugunsten der Steuerzahlenden, welche rund 75% des Steueraufkommens einbringen. Aus all diesen Gründen wird die FDP-Fraktion die Initiative unterstützen inklusive der notwendigen Anpassung in der Urnenbotschaft.

Simon Schneeberger (FS/GLP): Man hat in Spiez einiges vor in nächster Zeit, welches finanziert werden muss. Mit dieser Steuersenkung spricht man aber nicht von einer Lappalie. Dass die Gemeinderechnungen in den letzten Jahren so gut ausgefallen sind, ist einzig und allein auf die Auflösung der Neubewertungsreserven zurückzuführen. Man sollte hier eigentlich wissen, wie dies genau funktioniert hat. Spiez als Gemeinde soll attraktiv bleiben, und zwar in alle Richtungen. Man will keine Steuerhölle, aber man muss im Kanton Bern auch nicht die günstigste Gemeinde sein. Man weiss auch, dass der Steuerfranken in Spiez nicht unnötig «verpulvert» wird. Es wird haushälterisch mit dem Geld umgegangen. Zwischendurch darf man sich auch etwas Schönes leisten (z.B. Kindergarten Einigen, Bibliothek oder auch eine sanfte Renovation des alten Schulhauses in Einigen für die einheimischen Vereine). Diejenigen, welche hier wohnen und Steuern bezahlen, wissen was sie davon haben. Gleichwohl dankt die FS/GLP-Fraktion den Initianten, dass sie so etwas auf die Beine gestellt haben und das Spiezer Volk wieder in die politische Diskussion einbezogen wird. Die FS/GLP-Fraktion empfiehlt, die Initiative abzulehnen und dankt, dass das Spiezer Volk dazu Stellung nehmen kann.

Jürg Leuenberger (EVP): Die vorliegende Initiative zur Senkung der Liegenschaftssteuer soll die durch die Neubewertung entstandenen Mehrkosten teilweise kompensieren. Durch die Reduktion der Liegenschaftssteuer um 0.2 Promille entstehen den Liegenschaftsbesitzenden Minderkosten von rund CHF 613'000. Man könnte aber auch ausführen, dass durch die Neubewertung der Liegenschaften, die Gemeinde Mehreinnahmen von rund CHF 613'000 erhält. In anderen Kantonen kennt man dies nicht. Die Liegenschaftssteuer ist eine fakultative Gemeindesteuer. Die Liegenschaftssteuer betrifft alle Liegenschaftsbesitzenden. Auch solche, welche nicht in Spiez wohnen. Von dem her stellt sich die Frage, ob man Steuern senken soll, welche nicht nur der Spiezer Bevölkerung zugutekommt. Die EVP-Fraktion hat lange diskutiert und Stimmfreigabe beschlossen.

Allgemeine Diskussion

Marianne Schlapbach (Die Mitte): Der Grundgedanke, Steuern zu senken, ist im Kanton Bern eine Idee, die man begrüssen und unterstützen muss. Trotzdem ist die Mitte Region Spiez gegen die Annahme der Initiative des Bürgerlichen Forums. Der Mehrwert ist für die meisten – es ist die Mehrzahl der Liegenschaftsbesitzer - verschwindend klein und die Haushalte werden nur gering entlastet. Für viele Personen handelt es sich um den Wert eines Familienessens bei Pommes Frites und Chicken Nuggets. Mit der Zustimmung wird der Gemeinde Spiez das Geld weggenommen, welches sie für ihre notwendigen, wichtigen Investitionen braucht. Das Reservekapital dient dann wieder der Bevölkerung und stellt sicher, dass Spiez auch in Zukunft weiterhin ein attraktiver Wohnort bleiben kann. Noch einmal ist zu erwähnen, dass von den 83 Gemeinden im Berner Oberland ganze 71 Gemeinden einen höheren Steuersatz als Spiez haben. Die Senkung der Liegenschaftssteuer ist für Hausbesitzer und Gewerbetreibende mit Liegenschaften im hohen Segment von Nutzen und nicht von Nutzen für die Allgemeinheit. Die Vertreter der Mitte lehnen die Initiative «Senkung der Liegenschaftssteuer» ab und stimmen der Urnenbotschaft zu Handen der Volksabstimmung zu.

Benjamin Ritter (GS): Er arbeitet selber im Baubereich und möchte die Einsparung zwischen CHF 100 – 200 in Relationen setzen. Fast alle hier im GGR besitzen eine Liegenschaft und sind

glücklich damit. Wenn man einen Wasserhahn im Aussenbereich montieren möchte, kostet dieser beim Sanitärinstallateur, vielleicht CHF 600. Was aber niemand weiss, ist die Tatsache, dass man Frischwasseranschlussgebühren bezahlen muss. Somit kostet dieser Aussengartenhahn am Schluss rund CHF 5'000. Das heisst, dass eine ganze Generation diesen Hahn während 25 Jahren mit den eingesparten CHF 200 aus der Liegenschaftssteuersenkung amortisieren. Die Steuern bezahlt man, dass alle profitieren können (für ein schönes Trottoir, gute Einkaufsmöglichkeiten, gute Erschliessung, regelmässiger Bus in die Bucht etc.). Dies kostet alles etwas und somit können die Mehrkosten auch ausgeglichen werden. Zum Votum von Andrea Frost führt er aus, dass niemand verpflichtet ist, eine Liegenschaft zu kaufen. Das Einzige, was man machen muss, ist ein Dach über dem Kopf zu haben. Alle Liegenschaftsbesitzenden sind sehr privilegiert und er zahlt die knapp CHF 167 sehr gerne.

Andreas Grünig (SVP): Mit seiner Motion hat er einiges in Bewegung gesetzt. Es gibt Diskussionen, was eigentlich schön ist. Was ihn aber weniger freut, ist die Zahlenklauberei. Sind nun CHF 100 oder 200 für eine Familie viel oder wenig. Dies ist etwas müssig zu diskutieren. Es geht um mehr als die CHF 200. Man will etwas für die Mehrheit der Spiezer Bevölkerung erreichen und hier werden auch die Mieterinnen und Mieter eingeschlossen. Mit der Senkung sollen die Haushaltsbudgets etwas positiver gestaltet werden. Gerade in der heutigen Zeit wird alles teurer (Inflation, Nebenkosten, Strom, Heizung, Treibstoff, Nahrungsmittel, Gebrauchsgegenstände etc.). Man kann mit einem kleinen Steinchen für die Spiezer Bevölkerung etwas bewirken, wenn man dieser Steuersenkung zustimmt. Notabene spart auch die Gemeinde Kosten, wenn die Abstimmung vermieden werden kann. Zu den Mieterinnen und Mietern möchte er festhalten, dass ein Mehrfamilienhaus mit Mietwohnungen vielleicht zwischen CHF vier bis fünf Millionen Wert ist. Dort macht die Reduktion sofort mehr als CHF 1'000 aus. Die Vermietenden wälzen dies früher oder später ab. Beim Mieterwechsel wird diese abgewälzt. Somit wird die Miete auch nicht erhöht. Die Senkung wurde moderat angesetzt von 1.1 auf 0.9 Promille. Damit hat die Gemeinde gleichwohl Mehreinnahmen. Nun wird argumentiert, dass die Gemeinde CHF 600'000 weniger Einnahmen hat. Die Gemeinde hat rasch gehandelt mit der Ansetzung der Volksabstimmung. Es gibt nun während ein bis zwei Jahren Mehreinnahmen. Aber im Grunde genommen wird die Gemeinde rund CHF 200'000 Mehreinnahmen aus der Anpassung der amtlichen Werte erzielen. Die Gemeinde hat nicht weniger Einnahmen. Dies ist falsch. Wenn man etwas für unsere Bürgerinnen und Bürger unternehmen will, muss man die Initiative für eine Senkung der Liegenschaftsteuer annehmen und den Antrag des Gemeinderates ablehnen.

Ulrich Zimmermann (SVP): Ein Gartenhahn für CHF 5'000 ist schon etwas teuer. Die Installation für ca. CHF 600 stimmt. Die Anschlussgebühren sind jedoch nicht so hoch. Die Belastungswerte für einen Gartenanschluss sind fünf. Ein Belastungswert kostet CHF 230. Damit ist man bei rund CHF 1'500.

Diskussion Urnenbotschaft

Andreas Grünig (SVP): Die SVP-Fraktion stellt folgenden Antrag für die Änderung bzw. Ergänzung der Botschaft für die Urnenabstimmung vom 12. März 2023 (**rot = Änderungen/Ergänzungen**):

Initiativbegehren

Motivation: Im Jahr 2020 wurden im Kanton Bern 635'000 Liegenschaften neu bewertet. Damit stieg der amtliche Wert von Eigentumswohnungen und Häusern in der Gemeinde Spiez um durchschnittlich 28%! Dies entspricht einer zusätzlichen Steuerbelastung der Spiezer Mietenden und Liegenschaftsbesitzenden von ca. 730'000 CHF, welche direkt in die Spiezer Gemeindekasse fliessen.

Die Gemeinde Spiez steht auf einem soliden finanziellen Fundament und hat keine Mehreinnahmen durch höhere Liegenschaftssteuern nötig. Mit einem Eigenkapital von rund 12 Mio. CHF sind auch genügend Reserven vorhanden.

Insbesondere eine zusätzliche Belastung des Gewerbes, der Mieter und der Liegenschaftsbesitzer muss in diesen unsicheren Zeiten vermieden werden. So bleiben die Rahmenbedingungen in der Gemeinde Spiez für Familien und Gewerbe attraktiv.

Die Höhe der Liegenschaftsteuer kann die Gemeinde Spiez selbständig festlegen, sie ist aktuell bei 1.1‰. Die SVP Spiez engagiert sich gegen jegliche unnötigen Steuererhöhungen, deshalb hat der SVP-Parlamentarier Andreas Grünig eine Motion zur Senkung der Liegenschaftsteuer auf 0.9‰ eingereicht, **womit der Gemeinde gegenüber vor der Neubewertung, immer noch ein Steuer-mehrertrag von ca. 120'000 CHF aus der Liegenschaftsteuer verbleibt. Dazu kommen die Mehr-erträge aus der Vermögenssteuer, welche durch diese Vorlage unangetastet bleiben.**

Diese Motion wurde vom links-grün dominierten Parlament mit 18 zu 14 Stimmen abgelehnt. Das Initiativkomitee bestehend aus SVP, EDU und FDP ist überzeugt, dass dies nicht dem Willen der Spiezer Bevölkerung entspricht und lanciert deshalb diese Volksinitiative.

Es ist an und für sich müssig, darüber zu diskutieren, da juristisch gesehen das Initiativkomitee seinen Platz nutzen darf, was in der Urnenbotschaft steht und darf auch bestimmen, wie dies formuliert ist. Wenn dies so angenommen wird, ist dies in Ordnung. Wenn der Antrag abgelehnt wird, müsste man sich vorbehalten, beim Regierungsstatthalteramt eine Abstimmungsbeschwerde einzureichen.

Fraktionssprecher

Andrea Frost (FDP): Der Initiativtext ist unvollständig wiedergegeben und muss erweitert werden. Ansonsten müsste eine Stimmrechtsbeschwerde eingereicht werden.

Allgemeine Diskussion

Ursula Zybach: Der Initiativtext gehört grundsätzlich in die Abstimmungsbotschaft. Bei gewissen Zahlen stellten sich jedoch Fragen. Diese Zahlen stammen vom Initiativkomitee und entsprechen nicht den Zahlen und Überlegungen der Gemeinde (Selbstfinanzierungsgrad, genügend finanzielle Mittel etc.). Dies war der Grund warum gewisse Aspekte nicht übernommen wurden. Man kann aber klar aufzeigen, dass diese Punkte im Initiativtext vorhanden waren und es muss klar ersichtlich sein, dass dies von den Initianten stammt.

Abstimmung

Dem Antrag der SVP-Fraktion für die Änderung/Ergänzung der Urnenbotschaft **wird mit 21 Stimmen zugestimmt.**

Auf den Antrag des Gemeinderates die Urnenbotschaft in der ursprünglichen Form zu behalten **entfallen 3 Stimmen**

Schlussabstimmung

Dem Antrag des Gemeinderates den Stimmberechtigten die Ablehnung der Gemeindeinitiative Senkung der Liegenschaftsteuer zu empfehlen, **wird mit 20 : 13 Stimmen zugestimmt.**

Der Urnenbotschaft mit den Änderungen/Ergänzungen der SVP-Fraktion **wird mit 31 : 1 Stimmen, bei 1 Enthaltung zugestimmt.**

114 1.401 Gemeindepräsidentin Informationen aus dem Gemeinderat

Jolanda Brunner: Strommangellage, das ist ein Thema, womit der Gemeinderat bereits einige Male durch die Bevölkerung und den Reihen des Grossen Gemeinderates konfrontiert wurde. Das Thema beschäftigt den Gemeinderat schon länger, respektive das Gemeindeführungsorgan (GFO). So wie sich die Strommangellage im Moment präsentiert, äussert sich der Bund dazu, er hat die Federführung, später wahrscheinlich auch der Kanton. Der Bund hat eine Energiekampagne «Energie ist knapp. Verschenden wir sie nicht.» ins Leben gerufen. Die Gemeinde wird sicher ein Vorbild sein und der Gemeinderat unterstützt, verstärkt und kommuniziert die Massnahmen des Bundes. Es gibt verschiedene Eskalationsstufen. Zur Zeit ist keine Eskalationsstufe erreicht, die Vorbereitungen laufen. Das Gemeindeführungsorgan hat sich bereits im Jahr 2016 mit einem Stromblackout auseinandergesetzt und folgende Erkenntnisse und Massnahmen daraus genommen: Einerseits wurde die Beschaffung eines mobilen Generators zur Notstromversorgung Pumpwerke Faulensee und Bucht vorgenommen sowie bauliche Vorkehrungen an den Einspeisestellen getroffen. Wenn wirklich eine Strommangellage oder gar ein Blackout eintreffen würde, ist die Gemeinde Spiez vorbereitet und kann handeln. Um die ganze Wasserversorgung sicher zu stellen, wurden Vorkehrungen zur Nutzung des grossen Generators zur Befüllung der Wasserreservoirs getroffen und eine Zusammenarbeit mit der Wasserversorgungsgenossenschaft Aeschi - Spiez ist wichtig. Weiter wurden mit grösseren Unternehmungen und Landwirtschaftsbetrieben Gespräche geführt, um grössere Schwachstellen aufzunehmen und Vorkehrungen zu treffen. In den letzten SpiezInfos wurde zudem einige Informationen abgegeben, zum Beispiel der Notfalltreffpunkt (NTP) Spiez im Gemeindezentrum Lötschberg, vor der Burgerstube. Bei Bedarf können auch weitere Notfalltreffpunkte in Faulensee und Einigen in Betrieb genommen werden. Bei einem Notfalltreffpunkt können Notrufe abgesetzt werden, sofern die Telefonie nicht mehr funktioniert, etc., weitere Informationen sind im SpiezInfo und auf der Gemeindefwebseite aufgeführt. Ebenfalls wurde im SpiezInfo über «Kluger Rat – Notvorrat» informiert. Dies soll keine Panikmacherei nach der Covid-19 Pandemie sein, aber es ist wichtig, dass immer wieder die Aufmerksamkeit auf diese Themen gerichtet wird. All diejenigen, die den 5-Wochenkurs gemacht haben, haben gelernt, wie ein Notvorrat bewirtschaftet wird. Im nächsten SpiezInfo wird unter anderem auf die App «ALLERTSWISS» aufmerksam gemacht. In der App werden verschiedene Notsituationen publiziert, wie Trinkwasser, etc., gleichzeitig werden laufende Informationen auf die Gemeinde-App My Local Services geladen. Wer im Bild sein möchte, soll sich doch diese beiden Apps herunterladen.

Die Cockpitzahlen 2022 für die Gemeinde Spiez wurden erhoben und werden im Verlaufe dieser Woche auf der Gemeindefwebsite aufgeschaltet. Im Cockpit ist ersichtlich, wie die Gemeinde Spiez im Vergleich zu anderen Gemeinden steht, zudem sind Links zu weiteren Informationen angegeben. An dieser Stelle dankt sie der Abteilung Gemeindeschreiberei für die nicht einfache Erhebung dieser Daten.

Der Gemeinderat hat es für wichtig befunden, darüber zu sprechen, wie mit unechten Motionen umgegangen wird. Es hat schon einige Situationen gegeben, in denen der Gemeinderat der Auffassung war, dies ist eine unechte Motion. Der Gemeinderat hat nun einen Ablauf erstellt:

- Der Motionär hat die Möglichkeit die Motion vor der GGR-Sitzung an das Sekretariat GGR zur Prüfung zu stellen
- Eingang Motion an GGR-Sitzung
- Sekretariat GGR prüft Motion nach der Sitzung
- Kontaktaufnahme mit Motionär für Umwandlung in ein Postulat oder Anpassung in eine echte Motion
- Anschliessend wird die echte Motion oder das Postulat an die GR-Sitzung traktandiert

Wer Unsicher ist, darf die Hilfestellung vom Sekretariat GGR jederzeit in Anspruch nehmen, fragt nach, ob es sich um eine echte Motion handelt oder wie sie korrekt formuliert werden kann.

Rafael Zimmermann: Einige mögen sich sicher noch erinnern, dass der Jugendrat vor gut drei Jahren eine Umfrage durchgeführt hat und der Wunsch nach einem Gemeinschaftsgarten gross

war. Nachdem eine Kerngruppe gebildet wurde, hat sich der Gemeinderat um einen Standort bemüht und diesen zur Verfügung gestellt. Der Standort liegt neben dem Clubhaus Judoclub Spiez. Im April ist die Baubewilligung des Regierungsstatthalteramtes eingetroffen, so dass bereits im Mai begonnen wurde. Der Gemeinschaftsgarten ist als Interessengemeinschaft der Agenda21 abgeschlossen und wird von der Kerngruppe organisiert. In der Kerngruppe sind acht Personen, seit dem Start sind weitere 15 Personen zum Gärtnern dazugestossen. Regelmässig trifft sich die Gruppe an Samstagen und je nach Bedarf unter der Woche. Die Idee der Interessengemeinschaft ist, dass sich Menschen treffen und Transportwege gewisser Nahrungsmittel verkürzt werden. Da es im Garten wächst und bereits einige Erträge erzielt wurden, wird sich der Jugendrat zurückziehen, da das Projekt für ihn abgeschlossen ist. Wer gerne mehr Informationen zum Gemeinschaftsgarten möchte, darf sich bei Anna Zeilstra oder ihm melden oder auf der Webseite umsehen, unter Gemeinschaftsgarten Spiez wird man fündig. An dieser Stelle möchte er sich bei der Gemeinde bedanken, denn es ist nicht selbstverständlich, dass ein solches Projekt Unterstützung für einen Standort und Anlaufadministration erhält.

115 011.10 Parlamentarische Vorstösse

Trinkbares Wasser in öffentlichen Spiezer Brunnen / Einfache Anfrage M. Bhend (GS)

Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

Manuela Bhend zeigt sich mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden und dankt für die ausführlichen Abklärungen.

116 011.10 Parlamentarische Vorstösse

Ruhender und suchender Verkehr im Raum Metzgerfachschule - Hotel Belvédère - Strandbad und Bucht Spiez / Einfache Anfrage A. Grünig (SVP)

Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

Andreas Grünig zeigt sich mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden.

117 011.10 Parlamentarische Vorstösse

IV-Parkplätze in Spiez / Einfache Anfrage S. Jungen (SP)

Sandra Jungen: Gegenüber dem Eingang zum Freibad, im Unterstand, befinden sich IV-Parkplätze, die die Abteilung Finanzen, Bereich Liegenschaften eigenständig bewirtschaftet. Diese stehen der IV Bevölkerung aber nur im Sommerhalbjahr zur Verfügung. Im Winterhalbjahr werden diese Parkplätze anderweitig genutzt (für die Lagerung von Segelbooten). Somit ist der für behinderte Menschen attraktive Strandweg schwer erreichbar. Weitere IV Parkplätze, für die nicht erst grosse Höhenunterschiede bewältigt werden müssen, gibt es nur einen am Hotel/Restaurant Seegarten und zwei im Parkhaus Bucht im UG.



Der Gemeinderat wird gebeten die folgenden Fragen dazu zu beantworten

- Gibt es eine Verpflichtung der Gemeinden behindertengerechte Parkplätze zur Verfügung zu stellen? Wie viele müssten das sein? Und sollten diese nicht das ganze Jahr zur Verfügung stehen?
- Reichen die vorhandenen IV Parkplätze in Spiez v.a. in der Nähe von Sehenswürdigkeiten, Arztpraxen und Geschäften aus?
- Sind diese an den richtigen Orten platziert?
- Gibt es noch weitere IV Parkplätze auf Gemeindegrund die zeitweise anderweitig genutzt werden?
- Sind diese breit genug, damit Menschen mit Behinderung diese auch nutzen können?

Stellungnahme des Gemeinderates

Pia Hutzli: Die Gemeinde ist nicht verpflichtet eine gewisse Anzahl behindertengerechte Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Bei Neubauten sowie bei der Zentrumsplanung kann dies berücksichtigt werden, sofern der Parkraum der Gemeinde gehört. Auf allen gemeindeeigenen öffentlichen Parkplätzen und Parkhäusern werden zum Teil auch mehrere behindertengerechte Parkplätze angeboten. Die Angaben sind in der Verordnung zum Reglement über die Benützung der öffentlichen Parkplätze, auf der Gemeindewebseite, zu finden. Es gibt öffentliche Parkplätze auf dem Kiesplatz Schulhaus Längenstein und Neumatte, ohne Bodenmarkierung, dort können die Parkplatzbreiten selber bestimmt werden. Der Parkraum in der Bucht, welchen Sandra Jungen erwähnt, gehört zum Bereich Liegenschaften und gehört somit nicht zu den öffentlichen Parkplätzen. Behindertenparkplätze der Gemeinde sind überall genügend breit. Bei Parkplätzen von Arztpraxen und Geschäften hat die Gemeinde keinen Einfluss auf die Grösse, da diese privat zur Verfügung gestellt werden.

Sandra Jungen zeigt sich mit der Antwort des Gemeinderates teilweise zufrieden.

118 011.10 Parlamentarische Vorstösse

Strategie familienergänzende Betreuungsangebote und Bildungsstandorte in Spiez / Motion FS/GLP-Fraktion (E. Nef)

Ausführungen des Gemeinderates

Jolanda Brunner: Man konnte feststellen, dass viele Abteilungen involviert sind in diesem Thema. Wenn es um die familienergänzenden Betreuungsangebote geht, sucht man immer wieder das gemeinsame Gespräch. So hat zum Beispiel die Abteilung Soziales zwei Mal jährlich ein Gespräch

mit der Tageselternvermittlung und der Kita. So kann man immer auf die Bedürfnisse eingehen. Es ist schon länger ein Thema, wo die Kita noch einen weiteren Standort eröffnen könnte. Wenn Anfragen von auswärts kommen, wird diesen geholfen, ob man einen passenden Raum findet. Es wird jährlich eine Umfrage bei den Eltern durchgeführt, um abzuklären, welchen Betreuungsbedarf sie haben. Am Anfang dieser Bedarfsabklärung war es spannend zu sehen, ob die Angebote vor der Schule nachgefragt werden oder nicht oder wie dies am Nachmittag aussieht. Man konnte schnell einmal feststellen, dass dies am Morgen kein Thema ist und Dienstag und Donnerstagnachmittag Thema sind. In der Gemeinde Spiez müssen sich 10 Kinder anmelden, damit ein Angebot durchgeführt wird. Das heisst, wenn man drei Kinder aus Faulensee, drei aus Einigen und vier aus Spiezwiler hat, muss man diese zusammenführen und das Angebot anbieten. Die Gemeinde hat dadurch sehr hohe Transportkosten zu bezahlen. Es konnte aber festgestellt werden, dass es beim Mittwochnachmittag oder Freitagnachmittag schwierig ist, eine solche Nachfrage zu erreichen. Die Eltern haben ausgeführt, dass sie ihre Kinder nicht anmelden, wenn sie nicht wissen, ob das Angebot durchgeführt wird oder nicht. Man hat immer wieder versucht, Sachen anzubieten, obschon man nicht wusste, ob es genügend Anmeldungen gibt. Anstatt 10 Anmeldungen hat man es mit 7 Anmeldungen versucht oder sogar mit 5 Anmeldungen, um ein Angebot durchzuführen. Die Kinder wurden deshalb an einen gemeinsamen Standort transportiert. Mittlerweile gibt es an fast jedem Halbtage ein Angebot. Nun kann man ausführen, dass eine Strategie geholfen hätte. Vor einigen Jahren stand in Einigen eine Klassenschliessung auf der Kippe. Die Klasse wurde drei oder vier Jahre offen gehalten und es sind keine Kinder gekommen. Die Klasse wurde geschlossen und zwei Jahre später sind die Kinder gekommen. Es nützt nichts eine Infrastruktur anzubieten, wenn keine Kinder kommen. Man kann dabei an die Überbauung Escherpark denken. Hier hatte man auch das Gefühl, dass die Kinder kommen werden. Am Anfang gab es in dieser Überbauung sehr wenig Kinder. Nun sind es etwas mehr. Es ist immer schwierig abzuschätzen. Nun hat man festgestellt, dass es nicht nur die grossen Überbauungen betrifft, sondern auch mit der Verdichtung in Einfamilienhausquartieren. Dort wurden Gegenmassnahmen ergriffen und die Abteilung Bildung ist hier involviert. Es ist sehr selten, dass die Strategie greift. Wichtig ist, dass man miteinander spricht und auf aktuelle Ereignisse eingeht. Dies kann eine Strategie nicht festhalten. Dies ändert sich immer wieder. Deshalb sieht der Gemeinderat davon ab, eine neue Strategie zu erarbeiten und beantragt deshalb, die Motion nicht zu überweisen. Man ist überzeugt, dass man die Ressourcen, welche in eine neue Strategie investiert werden müssten, besser investiert sind in direktem Gespräch und miteinander gemeinsame Lösungen zu finden.

Stellungnahme der Motionärin

Eliane Nef (FS/GLP): Auch wenn in den meisten Fraktionen die Meinungen zur vorliegenden Motion wohl bereits gemacht sind, möchte man es dennoch nicht unterlassen, nochmals zu unterstreichen, weshalb es als äusserst wichtig erachtet wird, dass die Motion überwiesen wird. Die Stellungnahmen der Abteilungen Bildung, Soziales und Finanzen zeigen, dass alle das Anliegen der Motion als wichtig erachten. Das zeigt, dass die Forderungen der Motion doch immerhin offene Türen einrennen. Mit der neu geschaffenen Fachstelle Familie wurde zudem ein Organ geschaffen, welches dafür sorgen soll, dass allfällige Lücken im Bereich der familienergänzenden Angebote geschlossen werden sollen. Das tönt alles schön und recht. Man ist allerdings der Meinung, dass es noch mehr Druck braucht, damit die gesteckten Ziele der sogenannten „kohärenten Familienpolitik für Spiez“ – welche notabene bereits vor fünf Jahren formuliert wurden – dann auch umgesetzt werden. Als Ziel wurde hier beispielsweise genannt: „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Es wird postuliert, die Angebote in der familienergänzenden Betreuung seien adäquat auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer abgestimmt. Bisher sind aber nur ungenügende Massnahmen erkennbar. Beim Eintritt in die Schule gibt es kein lückenloses Betreuungsangebot. Die Tagesschule bietet keine Morgenbetreuung an, respektive nur ab einer bestimmten Anzahl Kinder. Es wird mit keinem signifikanten Bedarf von Seiten der Gemeinde argumentiert. Würde das Angebot aber lückenlos angeboten werden – unabhängig von der Anzahl eingegangener Anmeldungen – wäre wohl der Bedarf vorhanden. Die Unsicherheit für die Eltern, ob jeweils die Module der Tagesschule nach Anmeldeschluss zustande kommen oder nicht, führt dazu, dass sich die Eltern im privaten Umfeld nach einer Betreuungsmöglichkeit umsehen müssen. Auch ist die Schulferienbetreuung nicht genügend gewährleistet oder eben erst zu spät (nach Anmeldefrist). Es wird aktuell eine Woche während den Frühjahrsferien, sowie fünf Wochen Sommerferien (Betreuung nur am

Dienstag und Donnerstag) angeboten. Das ist aus der Sicht vieler Familien zu wenig und das Ziel ist auch nach fünf Jahren noch nicht erreicht. Ein weiteres Ziel „Betreuungsangebot deckt Nachfrage“: Die Nachfrage soll nun erst durch die Fachstelle Familie während vier Jahren evaluiert werden. Aus ihrer Sicht gibt es aber schon heute Handlungsbedarf. Oder noch ein Ziel „Zusammenarbeit zwischen den Institutionen sollen gestärkt werden“. Ja, wer ist denn nun genau zuständig dafür, dass die Institutionen gut zusammenarbeiten? Die neue Fachstelle Familie ist der Abteilung Soziales untergeordnet, obwohl es sich hier um ein Querschnittsthema handelt. Werden denn so tatsächlich die richtigen Schwerpunkte gesetzt und alle beteiligten Akteure miteinbezogen? Die Zusammenarbeit der operativen Stellen gelingt bisher offensichtlich nicht optimal. Zum Beispiel wird das Schulhaus Spiezmoos nicht nur kurzfristig aus allen Nähten platzen – die Überbauung am Gesigenweg führt mit grosser Wahrscheinlichkeit zu noch engeren Platzverhältnissen. Da braucht es vorausschauendes Planen und rasches Umsetzen. Eine zukunftsgerichtete Schulraum- und Betreuungsraumplanung ist längst überfällig und wird immer wieder auf später traktandiert. So werden Hau-Ruck-Aktionen wie kürzlich beim Kindergarten im Hofachern oder bei der Spielgruppe im Spiezmoos auch weiter die Bildungslandschaft in Spiez verfolgen. Aus der Sicht des Freien Spiez sind die vor fünf Jahren gesteckten Ziele also nur mangelhaft erfüllt. Noch ein weiterer Punkt: Die heutige Schulraumplanung richtet sich grundsätzlich nach den Bedürfnissen der Bildung. Das ist ein alter Zopf und reicht heute nicht mehr aus. Die Schule wandelt sich immer mehr von einem Lernort zu einem Lebensort. In der Tagesschule betreute Kinder haben das Bedürfnis, sich nach dem Mittagessen zu bewegen, zu spielen oder sich an einen stillen Ort zurückzuziehen. Zu einer vorausschauenden Schulraumplanung gehören auch bedürfnisorientierte Tagesschulen, denn ausgebaute Tagesstrukturen sind eine Voraussetzung, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Zudem wäre es äusserst wünschenswert, die Kitas und den Zyklus 1 näher zusammenzuführen – so wie es heute in den Kindergärten Spiezmoos und Kirchgasse dank der räumlichen Nähe zur Kita möglich ist. Wenn die KITAS und Spielgruppen dem Gemeinderat wichtig sind, so kann er sehr wohl eine bedeutend aktivere Rolle in der Standortplanung und Koordination spielen, denn Räumlichkeiten in der Nähe der Schulstandorte kann nur die Gemeinde generieren. Finanzielle Forderungen werden in der Motion nicht gestellt. Und nach ihrer langen Rede zum Schluss noch ein Fazit: Es ist offensichtlich, dass im Bereich der lückenlosen Kinderbetreuung und bei den bedarfsgerechten familienfreundlichen Rahmenbedingungen erhebliche Probleme bestehen. Das Bevölkerungswachstum in der Gemeinde wird diese Probleme noch verschärfen. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Es braucht eine solide Strategie und ein konkretes räumliches Zukunfts- und Umsetzungskonzept für die Bildungs- und Betreuungsstandorte in der Gemeinde, welche als Grundlage für zielgerichtete Massnahmen dienen. Es ist zu wünschen, dass der GGR dies einsieht und den Gemeinderat mit der Umsetzung der Motion beauftragt.

Fraktionssprecher

Ulrich Zimmermann (SVP): Die SVP-Fraktion hat seinerzeit der Einführung der Familienfachstelle einstimmig zugestimmt. Man ist der Ansicht, dass es wichtig ist, die familiären und unternehmerischen Bedürfnisse unter einen Hut zu bringen, damit mehr Frauen und Männer mit den verschiedenen Familienmodellen aktiv am Wirtschaftsleben teilhaben können. Man ist der Ansicht, dass die Fachstelle Familie sehr übergreifend arbeitet. Als ehemaliger Bildungsminister weiss er, dass sehr intensive Gespräche stattfinden und viele Stunden investiert werden. Er durfte aktiv helfen, diese Fachstelle zu entwickeln und er ist überzeugt von diesem Modell. Natürlich sind immer noch mehr Angebote möglich, wenn die Bedürfnisse geweckt werden. Aber es gibt auch noch die Eigenverantwortung. Der SVP-Fraktion ist bewusst, dass man nicht alles mit der öffentlichen Hand abdecken kann. Aus diesem Grund unterstützt die SVP-Fraktion den Antrag des Gemeinderates und hofft, dass sich die Familienfachstelle weiterentwickeln kann. Die Gemeinde Spiez steht in diesem Bereich nicht so schlecht da.

Susanne Frey (EVP): In den letzten zwei Jahren sind mit der Zustimmung zu den zwei Pilotprojekten Fachstelle Familie und der Einführung der unlimitierten Betreuungsgutscheine, wegweisende familienpolitische Entscheide getroffen worden. Dies aber nicht ohne vorhergehende Diskussionen und dem Engagement von verschiedenen Abteilungen, vor allem von der Abteilung Soziales und

der Ressortvorsteherin Soziales. Die getroffenen politischen Entscheide tragen sehr viel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Koordination von verschiedenen Betreuungs- und Bildungsangeboten bei und haben eine deutliche Verbesserung für die Gemeinde Spiez gebracht. Es benötigt nun noch etwas Zeit und Geduld, damit die Angebote optimiert werden, ist klar. Die Marschrichtung stimmt. Die benötigten Ressourcen konnten geschaffen werden. Von hoher Priorität für den Gemeinderat ist die Förderung und Schaffung von familienfreundlichen Rahmenbedingungen. Gemäss Legislaturplanung wurden das pädagogische Zentrum Hofachern und das Optimieren von familienergänzenden Betreuung als Schwerpunkt gesetzt. Dies wurde dem GGR so kommuniziert. Die Familienfachstelle hat ein Planungspapier mit definierten Schwerpunkten. Man ist daran die strategischen Ziele für familienfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen, umzusetzen und zu konkretisieren. Man ist der Ansicht, dass die Ressourcen in diesem Prozess eingesetzt werden und nicht für das Erarbeiten einer neuen Strategie. Sie ist eher der Ansicht, dass die Aufgaben der Familienfachstelle so blockiert werden könnten und dies in die falsche Richtung führen würde. Sie teilt die Ansicht nicht, dass die Familienfachstelle die Evaluation erst nach vier Jahren macht respektive umsetzt. Es handelt sich um einen rollenden Prozess und bei festgestellten Angebotslücken oder nicht optimal gestalteten Schnittstellen würden bereits jetzt die involvierten Akteure gemeinsam nach Lösungen suchen und umsetzen und dies während der Pilotphase. Die Schulferienbetreuung wurde in diesem Jahr während einer Woche in den Frühlingsferien und fünf Wochen während den Sommerferien angeboten. Trotz der Bedarfsabklärungen wurden die Betreuungsangebote am Dienstag und Donnerstag von rund 4 – 8 Kindern besucht. Der Bedarf ist also nicht riesig. Familienfreundliches Spiez ist ein Querschnittsthema in allen Abteilungen, welche der GGR bereits mehrfach auf politischer Ebene strategisch unterstützt hat. Die EVP-Fraktion wird die Motion der FS/GPL-Fraktion nicht unterstützen, weil man der Ansicht ist, dass die Marschrichtung stimmt und jetzt nicht der richtige Zeitpunkt ist, die Motion zu überweisen.

Manuela Bhend (GS): Die GS-Fraktion hat die Motion eingehend diskutiert. Die Forderung für eine lückenlose familienergänzende Betreuung wird anerkannt. Es wird erkannt, dass der Bedarf an einer lückenlosen familienexternen Betreuung vorhanden ist. Die Angebote sind zum Teil nicht lückenlos. Es leuchtet aber ein, dass eine weitere Strategie personelle Ressourcen bindet und die Forderungen in den Legislaturzielen vorhanden sind. Aus diesen Gründen hat die GS-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

Barbara Feuz (SP): Auch die SP-Fraktion hat die Motion ausgiebig diskutiert. Es ist unbestritten, dass es sich um ein äusserst wichtiges Thema handelt. Der Motionärin wird für die Einreichung der Motion gedankt. Das Anliegen hat eine Standortbestimmung bei allen beteiligten Abteilungen gefordert. Wo steht man, was wird bereits bei den familienergänzenden Betreuungsangeboten gemacht und was kann noch verbessert werden. Es ist eine Motion, wo man eigentlich gerne Ja sagen würde zu einer lückenlosen familienergänzenden Betreuung von Kindern und zu einem Ja zu einem familienfreundlichen Spiez. Vielleicht ist die Idee von Eliane Nef gar nicht so schlecht, wenn man während einer Pilotphase schauen könnte, wie der Bedarf ist, wenn das Angebot bereits besteht, wie dies bei den Stühlen im Aussenbereich der Fall ist. Mit den Stühlen wird der Bedarf geweckt, dass man sich hinsetzt. Die SP-Fraktion war sich uneinig, wie zielführend die Motion sein wird, wenn drei Abteilungen der Gemeinde gemeinsam eine Strategie ausarbeiten müssen für die unbestritten verbesserungswürdige Situation bei der familienergänzenden Betreuung für Familien. Die Strategie wäre vorerst nur ein Papier. Konkret würde sich noch nichts ändern. Es ist eine Tatsache, dass sich zwischen dem Erkennen der möglichen Anzahl Schulkinder in nur vier Jahren nicht ausreichen für die Planung und Umsetzung von baulichen Massnahmen. Dies kann auch eine noch so gute Strategie nicht ändern. Die SP-Fraktion sieht mehrheitlich, dass eine schnellere Verbesserung der Situation erreicht werden kann, die menschlichen Ressourcen im Alltag genutzt werden können, statt beim Entwickeln eines Strategiepapiers. Da man sich nicht einig war, welcher Weg kurzfristig zu einem familienfreundlicheren Spiez führt, hat die SP-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

Allgemeine Diskussion

Benjamin Carisch (EDU): Die EDU setzt sich sehr gerne für die Familie ein und hat deshalb mit Freude die Fachstelle Familie gutgeheissen. Hier wurde ein Gefäss geschaffen für die Anliegen von Familien. Aufgrund von Worten und Taten sieht man, dass der Gemeinde Spiez Familien wichtig sind und die Thematik möglichst breit bedienen will. Die hier vorliegende Motion ist enorm einseitig. Es geht nur darum, ein Konzept für die ergänzende externe Betreuung auszuarbeiten. Es gibt auch noch andere Familienformen mit anderen Anliegen. Aus seiner Sicht ist es nicht sinnvoll, wenn Drittklässler morgens um sieben Uhr, bei stockdunkler Nacht aus dem Haus geschickt werden, damit die Eltern zur Arbeit gehen können. Es ist erwiesen, dass die Aufmerksamkeit am frühen Morgen noch nicht da ist. Die Kinder sind zudem müde und unnötig gestresst. Es muss wohl so sein, da es der Strategie entspricht. Dies kann mühsam sein und Kinder sind manchmal mühsam. Als Familie muss man dies gemeinsam durchstehen. Er hat heute viel von Bedürfnis gehört. Est stellt sich die Frage, ob Tagesschulen das Bedürfnis der Kinder oder der Eltern sind. Eine lückenlose Kinderbetreuung ist nicht nur Aufgabe der Gemeinde, sondern auch der Familien. Es gibt auch andere Arten der Betreuung. Der Tageselternverein macht auch gute Arbeit. Das Geld für eine Strategie kann zielführender eingesetzt werden. Aus diesen Gründen lehnt die EDU die Überweisung der Motion ab. Sie ist unnötig und einseitig.

Manuela Bhend (GS): Als Einzelsprecherin und Direktbetroffene möchte sie einen Bogen in die Gesellschaft schlagen. Dieses Thema geht alle etwas an. Eine gute und lückenlose familienexterne Betreuung in der Kita, in der Tagesfamilie, in der Spielgruppe oder in den Tagesschulen betrifft uns alle. Wenn das Angebot da ist und dieses lückenlos funktioniert, hat man gut ausgebildete Fachkräfte, welche zurück in den Arbeitsmarkt kommen. Im Moment hat man einen Fachkräftemangel, darüber muss man nicht diskutieren. Es sind meistens die Frauen, welche nach der Familiengründung zu Hause bleiben. Es handelt sich meistens um sehr gut ausgebildete Fachpersonen. Auch der Staat hat einen Teil an die Ausbildung bezahlt. Diese Personen kommen meist nur teilweise oder gar nie mehr in den Arbeitsprozess zurück. Mit einem lückenlos funktionierenden Angebot könnte man sehr wahrscheinlich Personen für den Arbeitsmarkt gewinnen. Diese Personen generieren mit ihrer Arbeitskraft auch wieder Steuereinnahmen, welche dem Staat oder der Gemeinde zugutekommen. Eine Studie betreffend den volkswirtschaftlichen Nutzen von Kitas im Kanton Bern aus dem Jahr 2021 hat ergeben, dass das Verhältnis von Kosten und Nutzen für die öffentliche Hand zwischen 1 bis 1,4 beträgt. Das bedeutet, dass langfristig bis zu 40% Mehreinnahmen an die öffentliche Hand zurückfliessen als die Kitas die öffentliche Hand kostet. Aus dieser Studie gibt es weitere spannende Effekte, wie zum Beispiel höhere Sozialversicherungsbeiträge für höhere Erwerbseinkommen für erwerbstätige Eltern oder tiefere Belastungen bei den Sozialhilfeausgaben. Deshalb geht die familienexterne Betreuung alle etwas an. Man kann schon ausführen, dass die Gemeinde nur auf die Tagesschulen einen direkten Einfluss hat, da die Kitas, TEV und Spielgruppen in privater Hand sind. Aber mit einer Strategie, welche eine lückenlose familienenergänzende Betreuung verfolgt, kann ein Angebot geschaffen werden, welches einer Familie zugutekommt. Sie ist aus ihrer persönlichen beruflichen Erfahrung überzeugt, dass in diesem Fall das Angebot die Nachfrage bestimmt. Sie kann fast nicht glauben, dass es in der Gemeinde Spiez nur 25% Schulkinder gibt, welche das Tagesschulangebot nutzen möchten. Wenn man dies mit anderen Gemeinden vergleicht, ist dies eine tiefe Zahl. Es fragt sich, an was es fehlt. Werden diese Kinder betreut oder gehen die Eltern nicht arbeiten? Sie kann sich dies nicht erklären. Es gibt andere Gemeinden mit höheren Quoten. Ihr ist klar, dass die Motion ein schwieriges Thema betrifft. Es bindet personelle Ressourcen. Es ist bereits viel gegangen, es gibt Strategien und die betroffenen Leute führen Gespräche. Da kann doch diese Motion gar nicht so schlimm sein. Man sieht, dass viel passiert ist. Die Fachstelle Familie wurde eingeführt und das Angebot bei der Tagesschule wurde ausgebaut und die frühe Förderung wurde verstärkt. Gleichzeitig gibt es aber kein lückenloses Angebot bei der familienexternen Betreuung. Dies wird benötigt, dass die Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zurückkommen und wieder arbeiten. Es handelt sich um ein gesellschaftliches- und nicht nur um ein Familienthema. Frauen haben gut ausgebildete Jobs und haben in ihre Ausbildung investiert. Wenn sie nur zu Hause sind, kostet dies Geld und die Steuereinnahmen fehlen. Vielleicht ist diese Motion auch eine Möglichkeit, dass man alle Involvierten an einen Tisch holt und Angebote schafft, welche den Bedürfnissen der Familien in Spiez entspricht.

Jolanda Brunner: Dem Gemeinderat ist daran gelegen, dass eine optimale Betreuung für Schulkinder, welche eine Betreuung benötigen, sichergestellt ist. Gleichzeitig muss aber auch mit den Steuergeldern sorgfältig umgegangen werden. Klar wäre es wünschenswert, wenn die Gemeinde in jedem Schulhaus eine Kita hätte. Fakt ist aber, dass man keine Anfragen von Kitas erhalten hat, welche nach Spiez kommen wollten. Es gab auch Gespräche mit Kitas, ob dies nicht etwas wäre. Es gab jedoch keinen Nachhall. Es handelt sich immer noch um ein privatwirtschaftliches Angebot, genau gleich wie bei den Spielgruppen. Die Gemeinde ist hier nicht weisungsbefugt und dies ist auch gut so. Man möchte ein lückenloses Angebot. Die Gemeinde hat versucht, solch lückenlose Angebote anzubieten. Als die Eltern jedoch gehört haben, dass ihre Kinder nicht in ihrem Schulhaus bleiben können und zentral betreut werden, wollten sie dies nicht und das Angebot konnte nicht durchgeführt werden. Es ist schwierig allen gerecht zu werden. In der Motion werden keine finanziellen Forderungen gestellt. Dies ist so. Wenn man aber berechnet, was ein solches Angebot flächendeckend in jedem Schulhaus kosten würde und für alle angeboten würde, wäre ein Fakt, welcher auch ausgewiesen werden müsste. Zum Votum von Benjamin Carisch kann ausgeführt werden, dass Kinder morgens um sieben Uhr bereits extrem fit sind und gut mit anderen interagieren können. Das Angebot um sieben Uhr morgens wurde bisher nicht stark nachgefragt oder nur sehr vereinzelt. Man möchte ein flächendeckendes Angebot, aber wenn dies nicht wirklich einer Nachfrage entspricht, stellt sich die Frage, ob dieses in jedem Fall angeboten werden soll. Im Moment ist der Gemeinderat der Ansicht, dass man versucht Schritt für Schritt vorwärts zu gehen, um ein optimales Angebot anzubieten. Deshalb bittet der Gemeinderat die Motion nicht zu überweisen.

Benjamin Ritter (GS): Als Direktbetroffener führt er aus, dass es sich nur um eine kleine Zeitspanne handelt (fünf bis acht Jahre) bis die Kinder in der Oberstufe sind. Später betrifft es Personen zwischen 60 und 65 Jahren, wenn die eigenen Kinder mit ihren Kindern betroffen sind. Kinder sind unsere Zukunft. Wenn man kein gutes Angebot hat, zieht es Leute nach Spiez, welche keine Kinder haben. Zur Zeit besteht ein guter Mix, eine gewisse Überalterung findet statt, welche hoffentlich in 30 Jahren wieder eingeholt ist. Spiez zeichnet sich mit seinen verschiedenen Bäuerten aus. Diese funktionieren zum Teil sehr autonom und gut. Wenn jedoch keine gute Betreuung angeboten wird, fehlen dann auf einmal die Kinder. Vor allem der Schulweg für die vier – fünfjährigen Kinder ist sehr wichtig. Hier fängt der erste Ablösungsprozess an. Wenn dieser Schulweg nicht stattfinden kann, weil sie an einen anderen Standort (Kita oder Spielgruppe) gefahren werden müssen, verpassen sie einen wichtigen Aspekt. Dies ist aus seiner Sicht gegenüber diesen Kindern unfair, da sie nichts dafür können. Im Kanton Bern können Eltern mit den Betreuungsgutscheinen und Kindern im Kindergartenalter zwischen 120 – 140% zusammen arbeiten, um ein bis zwei Tage fremdbetreut zu sein. Man muss deshalb schauen, dass Kinder zwischen drei und 10 Jahren gut betreut sind, wenn dies benötigt wird. Man will, dass alle arbeiten und dies ist auch gut so. Man muss mehr arbeiten, sonst fehlt das Geld und man benötigt Ergänzungsleistungen. Dies betrifft beide Elternteile. Er selber war an zwei Orten betroffen. Er hat im Jahr 2018 drei Kinder für die Ferienbetreuung in den Frühlingsferien angemeldet. Drei Wochen vor den Ferien hat er die Meldung erhalten, dass es zu wenig Anmeldungen gibt und man selber schauen muss. Wenn man dies einmal erlebt hat, schaut man das nächste Mal direkt selber. Man hat keine Lust mehr zu warten, bis jemand sagt, dass man selber schauen muss. Dies geht wohl vielen Eltern so. Sein ältestes Kind geht nun in die siebte Klasse und hier wurde kommuniziert, dass die Kinder über den Mittag nach Hause Essen gehen. Das heisst, man hat wenig Arbeitsplätze hier in Spiez und die meisten Eltern arbeiten nicht hier. Wer schaut dann zu Hause zu den Kindern. Natürlich gibt es Mittagsangebote für die Kinder. Er hat aber das Gefühl, dass noch nicht überall angekommen, dass man die Betreuung von Anfang bis zum Schluss durchzieht. Die Legislaturziele sind super, aber die sind in zwei Jahren vorbei. Dann kommt die nächste Legislatur und was passiert dann. Er hofft, dass es weitergeht, dies ist aber nicht ganz klar und diese werden neu formuliert. Er ist persönlich der Ansicht, dass sehr grosses Potenzial besteht und die Gemeinde mithelfen muss, Standorte zu definieren, wo dies möglich ist. Man muss Hand bieten, damit man zum Beispiel auch in Faulensee eine Betreuung einführen kann, welche gut funktioniert.

Beschluss

Die Motion der FS/GLP-Fraktion (E. Nef) / Strategie familienergänzende Betreuungsangebote und Bildungsstandorte in Spiez **wird mit grossem Mehr nicht überwiesen.**

119 011.10 Parlamentarische Vorstösse

Gründung eigenständige Gesellschaft Fernwärmeverbund / Motion SVP-Fraktion (U. Zimmermann)

Ausführungen des Gemeinderates

Marianne Hayoz Wagner: Der Gemeinderat beantragt die Motion, Studie zur Gründung einer eigenständigen Gesellschaft Fernwärmeverbund in Auftrag zu geben, nicht zu überweisen, auch nicht mit den vorgelegten Anpassungen. Die Begründung bleibt bis zum Kauf der BAC AG dieselbe. Vereinfacht zusammengefasst heisst, die Studie würde ein klassischer Papiertiger oder eine Studie für die Schublade. Denn zurzeit sind die Inhalte und Rahmenbedingung für die Studie, weitestgehend noch unklar. Grundsätzlich stützt der Gemeinderat die Einschätzung des Motionärs, dass die Gemeinde mehr Mitspracherecht haben muss. Der Gemeinderat vertritt klar die Meinung, dass künftig beim Aufbau eines neuen Wärmeverbundes eine Betreibergesellschaft zu wählen ist, in der das Mitspracherecht der Gemeinde zur Wahrung und Umsetzung der Gemeindeinteressen gesichert ist. Und darum ist es selbstverständlich, dass der Gemeinderat beim Aufbau eines neuen Wärmeverbundes oder auch Erweiterung zum richtigen Zeitpunkt die nötigen Abklärungen veranlassen wird, um die richtige Form einer Betreibergesellschaft zu finden.

Hier ein paar kurze Einblicke, zu laufenden Projekten im Energiebereich, welche auch jeweils im Jahresbericht aufgeführt sind:

- Die Updates zur Kapazitätserhöhung des bestehenden Wärmeverbunds, sind im Antrag aufgeführt.
- Die Seethermienutzung in Faulensee wird geprüft. Eine Machbarkeitsstudie wurde im Jahr 2020 in Auftrag gegeben und im November 2021 fand eine Informationsveranstaltung statt. Die Machbarkeitsstudie zeigt auf, dass die Seethermienutzung in Faulensee aus Rentabilitätsgründen für einen professionellen Contractor nicht interessant sein wird, diese müsste genossenschaftlich betrieben werden.
Auf den Aufruf bei Interesse sich bei der Gemeinde zu melden, war der Rücklauf gering. Wer hier mithelfen möchte, darf sich gerne melden.
- In der Bürg laufen Abklärungen zum Aufbau eines Wärmeverbunds und Abklärungen zur Seethermienutzung.
- Eine hängige Motion von Markus Wenger verlangt die Überprüfung des Erdsondenverbots. Darüber wird an der nächsten Sitzung des Grossen Gemeinderates informiert. Einige Informationen bereits im Voraus:
Ganz wenige Gebiete befinden sich neu im grünen Bereich, das heisst, dass dort Erdwärmesonden erlaubt werden, beziehungsweise erlaubt werden, aber mit Tiefenbeschränkungen. Relativ viele Gebiete befinden sich im gelben Bereich, wo Erdwärmesonden eventuell möglich wären, aber erst Probebohrungen nötig sind. Seit einigen Tagen ist im Geoportal des Kantons Bern die angepasste Karte „Erdwärmesondenkarte“ einsehbar.
- Das Förderprogramm ist in Überarbeitung.
- Zudem wird eine Wärmeversorgungskarte von Spiez erstellt. Dort werden von jeder Parzelle die verfügbaren Energieträger ersichtlich.

Nicht ohne Grund sind einige der laufenden Projekte aufgezählt worden, denn, wie auch in der Antwort des Gemeinderates zu lesen ist, ist es zielführender, wenn die ohnehin knappen gemein-

de eigenen Ressourcen da eingesetzt werden, wo ein Schritt in Richtung wirkungsvoller Klimaschutz und Energiewende gemacht werden kann, statt in eine Studie, die man in dieser Form vielleicht gar nie braucht. Aber nicht nur die Gemeinde hat alle Hände voll zu tun im Energiebereich, ist die ganze Branche an der Kapazitätsgrenze. Das heisst, der Auftrag für diese Studie wird auf einem Papierstoss gelegt und bei einer Priorisierung kaum in der ersten Priorität landen. Der Gemeinderat bittet deshalb, im Sinne einer wirkungsvollen Energiepolitik diese Motion nicht zu überweisen.

Stellungnahme des Motionärs / Fraktionssprecher

Ulrich Zimmermann (SVP): Er wird hier als Motionär und Fraktionssprecher sprechen. Als er die Antwort des Gemeinderates gelesen hat, hat er gedacht, dass nicht vom Selben gesprochen wird. Die Antwort ist umfangreich und er möchte allen für die Arbeit danken. Er weiss, dass Leute unheimlich viele Stunden, während den laufenden Arbeiten aufwenden müssen, um diese zu beantworten. Er will klarstellen, dass es in seinem Vorstoss keineswegs darum geht, eine gemeindeinterne Organisation auf die Beine zu stellen. Die Gemeinde ist erwähnt, weil sie ein grosser, wenn nicht der grösste Kunde der BKW und des Fernwärmeverbundes ist und weil ein Grundsatzentscheid besteht, so viele Liegenschaften der Gemeinde wie möglich, an einen Wärmeverbund anzuschliessen. Deshalb geht hier nichts ohne die Gemeinde und es ist wichtig, die Studie erstellen zu lassen. Aus heutiger Sicht und der grossen Auslastung der Verwaltung, hat er die Frist auf zwei Jahre verlängert und wenn die BAC signalisiert, dass sie im Moment nicht verkaufen möchte, habe er auch da die Motion angepasst, mit dem Passus, Beteiligung. Jetzt geht es darum, den Entscheid des damaligen Gemeinderates, Aktien zu verkaufen und so Mitspracheeinfluss zu verlieren, wieder zu korrigieren. Meine Damen und Herren, Energiestadt Spiez und BEakom, das will der Gemeinderat befürworten und hier will man nicht mitziehen, das kann er nicht verstehen. Die verbleibenden Argumente machen aus seiner Sicht keinen Sinn, diese Motion abzulehnen. Umso mehr mit seinem Entgegenkommen mit den Änderungen. Man vergibt sich nichts mit einer Überweisung und man kann mit einem Grundlagenpapier weitere Entscheidungen treffen. Er könnte sich gut vorstellen in einer Arbeitsgruppe mitzuhelfen, er ist auch schon von einem Ingenieur kontaktiert worden. Wie gesagt, Wege müssen gefunden werden in Spiez und man muss offen sein für weitere Entwicklungen. Das Gefäss, um Interessen zu wahren können Interessengemeinschaften, Vereine, Genossenschaften oder Anteile an einer AG oder GmbH sein, mit einer eigenen Struktur ausserhalb der Gemeindeverwaltung. Die Gemeinde ist jedoch als Interessenvertretung mit an Bord. Wer weiss wie die BKW mit ihren «Assets» in Zukunft vorgeht. Schon Morgen kann es ändern und dann kann es sein, dass man gewillt ist Wärmeverbunde abzutreten. Man will vorausschauen, bereitstehen und klare Strategien haben, das heisst es hier vor Ort selber in der Hand halten. Er lädt ein, der angepassten Motion zuzustimmen, in einer aktiven Umweltpolitik Energieversorgung. Das Thema ist aktueller denn je und Spiez würde es guttun, wenn vorwärts geschritten würde, denn der Gemeinderat kann sich hier nicht aus der Verantwortung ziehen. So wie es bisher läuft, ist es nicht zufriedenstellend. Zudem ist sein Grundsatz: «geit nid – gits nid». Er dankt für die Unterstützung.

Anpassung der Motion

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat innert **2 Jahren** eine Studie zur Gründung einer eigenständigen Gesellschaft zum Betrieb und Ausbau der Fernwärme in Spiez zu unterbreiten. Er muss prüfen, ob die Möglichkeit besteht den Wärmeverbund Spiez vom heutigen Betreiber BKW AEK Contracting wieder in eine Betriebsgesellschaft mit Sitz in Spiez zu überführen **oder sich an der BKW AEK Contracting zu beteiligen.**

Simon Schneeberger (FS/GLP): Er schaut manchmal etwas neidisch auf die Nachbarn in Wimmis, etwas selten wegen dem Schatten, aber er schaut manchmal auch etwas neidisch auf Interlaken zu den Industriellen Betrieben. Er könnte noch viel mehr Beispiele aus der Schweiz bringen. Eine eigenständige Gesellschaft, mit einer nachhaltigen, lokalen Spiezer Energieproduktion mit moderaten und vor allem kontrollierbaren Preisen hat die FS/GLP schon lange im Kopf. Nun ist Ulrich Zimmermann mit seiner Motion der Fraktion zuvorgekommen. Die Fraktion sieht viel Potenti-

al in einer solchen Gesellschaft, egal mit welcher Rechtsform. Sie kann sich ausbauen, an bestehende Fernwärme beteiligen, könnte eigene Projekte lostreten, vielleicht solche mit innovativeren Charakteren, sie könnte Seethermie anbieten, Dächer für Photovoltaik mieten und natürlich auch zum Strom sparen verleiten. Alles sind so Sachen, welche gewinnorientierte Konzerne nicht machen, nicht können oder nicht wollen. Er weiss nicht, ob der Zeitpunkt Zufall ist oder nicht. Aber er glaubt, jetzt ist genau der Moment, wo man in die Startlöcher muss. Es ist jetzt der Moment, wo die Spiezer Bevölkerung freier und unabhängiger werden soll. Nun braucht man jemanden, der dies umsetzt.

Allgemeine Diskussion

Martin Peter (Die Mitte): Das Thema wurde diskutiert und die Mitte wird den Gemeinderat unterstützen. Er möchte noch persönliche Voten einfließen lassen, er hat sich drei Wörter notiert: Vertrauen, Transparenz und Verlässlichkeit. Diese Sachen braucht ein solcher Wärmeverbund. Das Vertrauen in gewisse Organisation ist beim letzten Bau der Fernwärme in Spiez gänzlich verloren gegangen. Das Vorgehen hat einfach schockiert, es ist nicht Schweiz-Würdig. Er weiss, dass eine Gasleitung nach Spiez kommt, welche von Russland Gas bezogen hat, die Mentalität von Russland jedoch sollte in Spiez nicht umgesetzt werden. Im Winter sieht man, wo die Gasleitung verläuft, dort wo der Schnee als erstes schmilzt. Transparenz Energiepreise: Die BKW verkauft Strom, verkauft Erdwärme und seines Wissens ist sie auch im Gasgeschäft tätig. Er hat nun mitbekommen, dass Industriestrompreise für CHF 0.05 bezahlt wurde. Er selber hat immer CHF 0.20-0.25 bezahlt. Nun werden die Industriellen Betriebe, welche Hochbezüger waren, ihre Preise anpassen. Erst wurde von CHF 0.16, dann von CHF 0.32 und mittlerweile von CHF 0.50 gesprochen. Dies ist eine Verzehnfachung innerhalb eines Jahres. Dies ist nicht infolge einer Produktionsteuerung, sondern der Markt. Deshalb wünscht er sich hier eine Verlässlichkeit, ein etwas kleineres Denken, regionale Vernetzung. Hier ist die Wasserversorgungsgenossenschaft ein gutes Beispiel, welche vor Ort verankert ist, gute Infrastruktur und ein kleines funktionierendes Büro hat. Darum möchte er, trotz guter Motion von Ulrich Zimmermann, dass es weitergeht, dies kann auch auf privater Ebene sein. Die Gemeinde muss nicht involviert sein, aber es braucht Köpfe, die das durchziehen wollen. In der Schweiz besteht zudem ein sehr komplexes Bewilligungsverfahren. Ein Kollege wollte bei sich ein Kraftwerk stationieren. Da er in der Landwirtschaftszone angesiedelt ist, ist es heikel und er musste dies im bestehenden Schopf einbauen, da ein Neubau nicht bewilligt wurde, nun muss er einen neuen Wagenschopf bauen. Danke Ulrich Zimmermann für die Motion, diese ist sicher sehr gut, aber es braucht etwas mehr Flexibilität im ganzen Bewilligungsverfahren.

Marianne Hayoz Wagner: Sie dankt Martin Peter für das Votum. Die Komplexität Wärmeverbund wird oft unterschätzt. Wie bereits vorhin erwähnt, es kann für Faulensee eine Genossenschaft gemacht werden, aber es hat sich niemand gemeldet, um mitzudenken. Es steckt enorm viel Arbeit dahinter, ein Dschungel von Gesetzgebungen und Verordnungen und zum Schluss muss es wohl rentabel sein, auch wenn nicht ein riesiger Gewinn ausgeschüttet werden muss. Es ist ein nostalgisches Bild, auch wenn die Gemeinde einsteigen würde, muss der Wärmeverbund gewinnbringend sein. Es ist nicht einfach und braucht auch eine Sicherheit auf der Angebotsseite. Es ist normal, dass die Transportleitungen Wärmeverluste aufweisen, was ein Problem darstellt und das Ganze verteuert. Sie stellt sich nicht auf die Grundsatzdiskussion ein, ob es eine Gemeindeaufgabe ist, Wärme zur Verfügung zu stellen. Es besteht kein Monopol und die Gemeinde würde ein Risiko tragen, da sich niemand anschliessen muss, ausser es wird im Baureglement verankert. Wenn es dann im Baureglement steht, bedeutet dies, dass die Gemeinde verpflichtet ist, alle anzuschliessen. Das Thema ist recht komplex. Sie möchte damit sagen, dass vielleicht ein Teil der Studie bereits erstellt ist.

Beschluss

Die Motion Gründung eigenständige Gesellschaft Fernwärmeverbund der SVP-Fraktion (U. Zimmermann) **wird mit grossem Mehr überwiesen.**

120 011.10 Parlamentarische Vorstösse**Tiny House / Abschreibung Motion U. Zimmermann (SVP)****Ausführungen des Gemeinderates**

Ursula Zybach: Am 26. April 2022 hat der Grosse Gemeinderat die Motion Tiny House überwiesen und der Gemeinderat bittet nun, die Motion abzuschreiben. In den Unterlagen ist ersichtlich, welche kleine Ergänzungen vorgenommen werden. Ein wichtiger Punkt ist, der Gemeinderat will nicht mit Tiny Häusern Gelände oder Bodenplätze der Gemeinde aus dem Verkehr ziehen, damit dort keine langfristigen Entwicklungen vorgenommen werden können. Die Topografie spielt eine wichtige Rolle, es ist abhängig davon, wo jemand einen Ablauf oder Hausbau stellen will. Die auserkorene Parzelle ist für einen Hausbau ungeeignet, da es zu steil ist, jedoch wenn etwas anderes gebaut wird, könnte es passen. Nach der letzten Debatte sind bereits zwölf Anmeldungen von Interessenten eingetroffen. Der Ablauf wird wie immer verlaufen, es wird ausgeschrieben, damit sich alle melden können, auch solche, die erst jetzt davon gehört haben. Fragen wie Anschluss an die Kanalisation, etc. müssen anschliessend geklärt werden. Es könnten sich auch private Landbesitzer melden, um dies anzubieten. Im Verlaufe des Herbstes wird SRF 1, Reporter, eine Sendung ausstrahlen, welche Leute mit Interessen an Tiny Häusern begleitet haben. Darin ist eine Interviewszene von Spiez, bei der steilen Parzelle, enthalten. Sie bittet nun im Namen des Gemeinderates, die Motion als erfüllt abzuschreiben.

Stellungnahme des Motionärs

Ulrich Zimmermann: Er ist extrem erfreut und extrem stolz darüber, wie schnell diese Motion zur Abschreibung gekommen ist. Im April wurde sie überwiesen, heute, im September wird sie abgeschrieben. Hat das schon jemand miterlebt, dass eine Motion so schnell bearbeitet und abgeschrieben wurde. Dies ist der Beweis, dass die Politik nicht träge ist, sondern dass das System wunderbar funktioniert, darum kommt er auch gerne hierhin um über einzelnes zu diskutieren. Er dankt allen, auch der Verwaltung, für die geleistete Arbeit.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss

Die Motion der SVP-Fraktion (U. Zimmermann) betreffend Tiny House **wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.**

121 011.10 Parlamentarische Vorstösse**Verständliche Sprache für alle auf der Gemeindewebseite / Motion B. Feuz (SP)**

Damit die Ehrungen vorgenommen werden können, wird mit Zustimmung mit der Motionärin Barbara Feuz darauf verzichtet, die Motion vorzulesen. Allen Mitgliedern des Grossen Gemeinderates wird die Motion schriftlich zugestellt.

Der Gemeinderat wird beauftragt, auf der Webseite der Gemeinde die lebenspraktischen Themen für möglichst alle in Spiez wohnenden Menschen leicht verständlich und zugänglich zu machen. Insbesondere sollen auch Menschen mit Beeinträchtigungen oder mit Migrationshintergrund die Möglichkeit haben, sich auf der Webseite der Gemeinde Spiez zu informieren.

Begründung

Seit die Schweiz am 15.4.2014 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert hat, welche am 15.5.2014 in Kraft trat, ist barrierefreie Kommunikation ein gesellschaftlich bekannteres Thema geworden. Laut einer Studie (www.ibe.uzh.ch/static/all/docs/772-0300.pdf) aus dem Jahr 2003 hatten geschätzte 800'000 Personen in der gesamten Schweiz Schwierigkeiten beim Lesen und Verstehen von komplizierten Texten. Bereits der Regierungsrat des Kantons Bern hat in seinem Bericht vom 25. März 2021 (Leichte Sprache fördert das Vertrauen in Behörden) festgehalten, dass die «Leichte Sprache» besonders für Informationen in jenen wichtigen Aufgabenbereichen empfohlen wird, welche direkt die Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger ansprechen. Ein gutes Beispiel, um möglichst viele Menschen mit wichtigen Informationen der Wohngemeinde zu erreichen, ist die Webseite der Stadt Bern (www.bern.ch). Da können die wichtigsten Informationen sowohl in Gebärdensprache als auch in leichter Sprache gelesen werden.

Nachfolgend hat die Motionärin versucht diese Motion in leichter Sprache nach den Vorgaben vom Büro für Leichte Sprache (Büro Leichte Sprache - Leicht oder einfach? (leichte-sprache-basel.ch) zu schreiben.

Die Motionärin: Barbara Feuz

21.00 Uhr – 21.35 Uhr Ehrungen für besondere Leistungen

Folgende Personen und Organisationen werden für ihre besonderen Leistungen geehrt:

Planung/Umwelt/Bau	Marcel Brand, Spiez (Schindelmacher)
Kultur	Mathias Dänzer, Spiez (Othello Musikplanet)
Soziales	Spiez Solidar (Hilfe für abgewiesene Geflüchtete)
Sport	Joachim Eschler, Spiez (Bike-Club Spiez)
Beruf	Helena Bellwald, Spiez (Hebamme)

Den Geehrten wird eine Urkunde, ein Gutschein des Spiezer Gewerbes, sowie eine Schachtel Pralinen überreicht. Im Anschluss findet ein Apéritif im Eingangsbereich des Lötschbergsaals statt.

Schluss der Sitzung: 21:00 Uhr

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident

Die Sekretärin

O. Diesbergen

T. Brunner